

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

19.05.2022

Inhalt

EWN

1 Schwerin: Mehr Energie-Innovationen für den Osten <i>Ostsee-Zeitung.de, 18.05.2022</i>	3
2 Finnlands Grüne blicken entspannt aufs Thema Atomkraft <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 19.05.2022</i>	5
3 Großbritannien sagt „Ja“ zu Atomkraft und setzt auf Kernenergie <i>rp-online.de, 19.05.2022</i>	7

Schwerin: Mehr Energie-Innovationen für den Osten

Schwerin. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hat nach politischen Dämpfern wegen ihres langen Festhaltens an der

Erdgasleitung Nord Stream 2 aus Russland in den Angriffsmodus zurückgefunden. Im Schweriner Landtag forderte sie am Mittwoch mit Nachdruck, dass der Osten Deutschlands beim Umbau der deutschen Energieversorgung stärker in den Blick genommen werden müsse.

Schwesig verlangte in der Aktuellen Stunde des Landtags zum Thema Energiesicherheit und Energiepreise die Errichtung von zwei LNG-Terminals in Rostock und Lubmin, mit der Perspektive einer Umrüstung auf Wasserstoff. In Lubmin starten Gasleitungen durch Ostdeutschland bis nach Tschechien. „Ich sag's ganz klar und deutlich: Es geht nicht, dass die Zukunftstechnologie - LNG-Übergang, aber vor allem Wasserstoff - an Standorten in Westdeutschland gefördert wird und nicht bei uns in Ostdeutschland, bei uns in Mecklenburg-Vorpommern.“

Die ersten LNG-Terminals sollen in Brunsbüttel, Stade und Wilhelmshaven entstehen. Weitere Standorte sind im Gespräch, darunter Rostock und Lubmin.

Zudem forderte die Regierungschefin, Anstrengungen zu unternehmen, um einen Ausfall der Raffinerie in Schwedt (Brandenburg) infolge eines Ölembargos zu verhindern. Denn dann sei ein starker Preisanstieg für Kraftstoffe im Osten Deutschlands zu befürchten. „Eine Situation, in der die Benzinpreise in Ostdeutschland deutlich höher sind als im Westen, ist für uns nicht akzeptabel.“ Im Penderland MV gehe es um Existenzen. „Wir brauchen Preise, die sich die Menschen und die Wirtschaft leisten können.“ MV stehe bereit zu helfen, dass Öl über den Hafen Rostock nach Schwedt gebracht wird. Alles könne in Schwedt damit aber nicht ersetzt werden, warnte Schwesig.

Windkraft-Offshore-Dialog des Bundeswirtschaftsministers

Auch Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) befürchtet ein Zurückbleiben des Ostens beim Energieumbau. „Das grün geführte Bundeswirtschaftsminis-

terium ist aus meiner Sicht sehr westlastig“, sagte er. Als Beispiel nannte Meyer einen Windkraft-Offshore-Dialog des Bundeswirtschaftsministers vor wenigen Wochen, bei dem nur Erfahrungsberichte aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein vorgesehen gewesen seien. Erst nach Intervention im Bundesministerium sei es gelungen, auch über die Ostsee und Mecklenburg-Vorpommern zu sprechen.

Schwesig kündigte ein Landesprogramm für den Umstieg auf Öko-Energie in privaten Haushalten in Mecklenburg-Vorpommern an: „Wir werden ein eigenes, unbürokratisches Förderprogramm für private Haushalte auflegen für Photovoltaikanlagen und die Umrüstung von Öl- und Gasheizungen.“ Details, wie Umfang, Start und Förderbedingungen, nannte die SPD-Politikerin nicht.

Konkrete Unterstützung für Menschen im eigenen Land

Sie begrüßte, dass auch der Bund ein solches Programm vor allem für Öl- und Gasheizungen vorhabe. „Das wäre sehr passend, dass vom Bund was kommt und wir es als Land flankieren, weil gerade bei uns die Menschen kleinere und mittlere Einkommen haben“, sagte Schwesig. „Deswegen wäre es gut, wenn wir das gemeinsam auf den Weg bringen und die Menschen hier im Land konkret unterstützen.“ Minister Habeck hatte am Dienstag bei einem Besuch in Thüringen angekündigt, dass Haushalte künftig einen finanziellen Anreiz bekommen sollen, wenn sie ihre Öl- oder Gasheizung auf erneuerbare Energien umstellen, etwa auf Wärmepumpen.

In der eineinhalbstündigen Aktuellen Stunde im Landtag hoben die Fraktionen unterschiedliche Aspekte der Energie-Situation hervor. Jeannine Rösler, Fraktionschefin der mitregierenden Linken, kritisierte, dass Rentner bei der einmaligen Energiepauschale von 300 Euro außen vor blieben. Auch Studenten gingen leer aus.

Die AfD als größte Oppositionsfraktion warf der Regierung vor, keinen Plan zur Reduzierung der Energiepreise zu haben. Auch die Versorgung sei nicht sicher. Die Grünen-Abgeordnete Jutta Wegner warf der Landesre-

gierung vor, zu wenig für den Ausbau der Windkraft an Land in MV zu tun und das Zwei-Prozent-Ziel des Bundes bei der Flächenbereitstellung nicht nachdrücklich zu verfolgen.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 19.05.2022 | S. 2

 Auflage: 29.688 | Reichweite: 74.194

 Matthias Koch

Finnlands Grüne blicken entspannt aufs Thema Atomkraft

Ein neuer Reaktor soll russische Stromlieferungen ersetzen - und zum Klimaschutz beitragen

Mikkeli ist eine 50 000-Einwohner-Stadt in Finnland, umgeben von malerischen Wäldern und Seen. Es ist die Heimat des Naturliebhabs Veli Liikanen (42), der schon in seinem Biologiestudium anfang, sich für die Grünen zu engagieren.

Eigentlich ist Liikanen ein Grüner, wie er im Buche steht. Er ließ sich in den Stadtrat wählen, setzte sich für mehr Jugendarbeit ein und half, einen Fair-Trade-Laden zu gründen. In seiner Partei machte er eine beachtliche Karriere. Inzwischen ist er Generalsekretär der finnischen Grünen und mitverantwortlich für die Regierungspolitik in Helsinki: Die Grünen gehören zur Vier-Parteien-Koalition der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Sanna Marin.

In dieser Konstellation wurde Liikanen im letzten Jahr mit einer Frage konfrontiert, bei der es für jeden Grünen ans Eingemachte ging: Haben die Grünen etwas dagegen, wollte Regierungschefin Marin wissen, dass im Jahr 2022 der neue finnische Atomreaktor Olkiluoto 3 ans Netz geht?

Liikanen diskutierte mit seinen Leuten, er hörte viel zu, argumentierte, integrierte - und gab grünes Licht. Das damals zentrale Argument: Olkiluoto 3 sei ein beachtlicher Beitrag zur Senkung des Kohlendioxidausstoßes.

Inzwischen kommt ein starkes zweites Argument hinzu: Olkiluoto 3 hilft Finnland, stark zu bleiben in seiner Machtprobe mit Russland. Als Finnland sich endgültig dazu entschloss, der Nato beizutreten, drehte Russland alle Stromlieferungen über die 1340 Kilometer lange Grenze ab. Allerdings hatten die Finnen zuvor schon von sich aus die Stromimporte aus Russland reduziert, auf rund 10 Prozent des Bedarfs. Sobald Olkiluoto voll hochgefahren ist, voraussichtlich im September, wird diese Lücke mehr als gefüllt sein.

Heißt jetzt Finnlands neues Motto: „Atomkraft, ja bitte!“?

Liikanen bremst, man dürfe das alles nicht missver-

stehen: „Es gibt kein generelles Ja der finnischen Grünen zur Kernkraft.“ Es gehe lediglich um pragmatische Lösungen für eine Übergangsphase. Langfristig wolle seine Partei weiterhin raus aus dem Atomstrom, wie alle anderen europäischen Grünen. Niemand fordere den Bau weiterer Kernkraftwerke in Finnland. Allerdings müsse man sich gut überlegen, ob man ein eben erst fertiggestelltes, nagelneues Kernkraftwerk, das ohne Kohlendioxidausstoß eine Leistung von 1600 Megawatt biete, wirklich abschalten wollte. Olkiluoto 3 sei „ein sehr spezieller Fall“.

Tatsächlich fällt Olkiluoto 3 in vielerlei Hinsicht aus dem Rahmen. Der finnische Reaktor ist der einzige in Europa, der in diesem Jahr neu ans Netz ging. Durch einen „Core Catcher“ soll der Druckwasserreaktor der sogenannten dritten Generation gegen ein Durchschmelzen des Reaktorkerns gewappnet sein.

Der Bau verzögerte sich immer wieder, die Kosten verdreifachten sich, das Projekt geriet streckenweise zur Lachnummer wie Deutschlands Großflughafen BER. Die Inbetriebnahme von Olkiluoto 3 fällt jetzt kurioserweise in dasselbe Jahr, an dessen Ende die Deutschen ihre letzten drei noch laufenden Reaktoren abschalten wollen: Emsland im niedersächsischen Lingen, Isar 2 nahe Landshut (Bayern) und Neckarwestheim 2 (Baden-Württemberg).

Der Finne Liikanen bleibt diplomatisch. Jedes Land müsse für sich selbst herausfinden, welchen Weg es in Richtung Energiewende gehen wolle. Früher sahen auch Finnlands Grüne das Atomthema schon mal verspannter. Zweimal bereits verließen sie im Streit um Atompolitik Regierungskoalitionen in Helsinki.

„Seit ungefähr zehn Jahren aber verschieben sich bei uns die Gewichte“, berichtet Liikanen. Ausschlaggebend dafür seien die jüngsten Parteimitglieder gewesen. „Heute sind bei uns viele im Alter von 20 plus unterwegs, die selbst aus technischen Berufen kommen und wohl auch deshalb wenig Angst vor Technik haben. Was ihnen wirklich Angst einjagt, ist der Klima-

wandel.“

Auf der Granitinsel Olkiluoto laufen schon seit 40 Jahren zwei ältere Kernkraftwerke. Die Region, drei Autostunden nordwestlich von Helsinki, ist ans Nukleare gewöhnt. Sogar Finnlands Endlager, das ebenfalls auf die Insel soll, fand Zustimmung vor Ort.

Als erstes Land der Welt hat Finnland mit dem Endlagerbau in Granitfelsen schon begonnen. Auch das

trägt bei zur verblüffenden Unaufgeregtheit der finnischen Debatte über Atomkraft.

Zitat-Text:

”Seit ungefähr zehn Jahren verschieben sich bei uns die Gewichte.” - Veli Liikanen, Generalsekretär der Grünen in Finnland, zu den immer pragmatischer werdenden Debatten über die Kernkraft

 rp-online.de | 19.05.2022

 WEBLINK

ENERGIE

Großbritannien sagt „Ja“ zu Atomkraft und setzt auf Kernenergie

Während es in Deutschland politisch und gesellschaftlich weitgehend Konsens ist, auf Atomkraft zu verzichten, geht Großbritannien einen völlig anderen Weg. Premier Johnson will sein Land aus der Abhängigkeit von Kohle und Gas aus Russland führen.

London. Boris Johnson hat einen Ruf als Spieler. Daher dürfte sich der britische Premierminister mit seiner Ankündigung ganz in seinem Element gefühlt haben. „Jetzt ist es an der Zeit, eine Reihe großer neuer Wetten auf die Kernenergie einzugehen“, kündigte Johnson in seiner Hauszeitung „The Telegraph“ an. Erklärtes Ziel: „Wir können nicht zulassen, dass unser Land von russischem Öl und Gas abhängig ist.“ Zwar will Johnson auch Wasserkraft sowie Windenergie, wo Großbritannien führend ist, weiter ausbauen. Doch im Gegensatz zu Deutschland setzt der Regierungschef der Atommacht auf die nukleare Option. Atomkraft? Ja, bitte!

Es sind - wie eigentlich immer bei Johnson - ziemlich ambitionierte Pläne. Bis 2030 könnten 95 Prozent der Elektrizität im Land kohlenstoffarm sein, also aus Sonne, Wind, Wasser und Atom stammen, mehr als 40.000 neue Jobs so entstehen, ließ der Premier ankündigen. Das Kernelement der „Energiesicherheitsstrategie“ sind acht neue Atomreaktoren bis 2030 - einer pro Jahr, wie Johnson vorrechnete. Damit will der Premier einen gewaltigen Teil des Energiebedarfs decken. Bis 2050 soll sich die Produktion durch Atomenergie auf 24 Gigawatt mehr als verdreifachen und bis zu 25 Prozent des erwarteten Strombedarfs ausmachen.

Das Vorhaben stößt im Land durchaus auf Wohlwollen. Kernenergie hat breite Rückendeckung, auch die größte Oppositionskraft Labour stellte klar, sie sei eine „pro-Atom-Partei“. Das steht in scharfem Kontrast zu Deutschland, wo der Atomausstieg politisch wie gesellschaftlich weitgehend Konsens ist und die Bundesregierung trotz der deutlich größeren Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland einen Kurswechsel ausschließt. Stattdessen orientiert sich Johnson - wie so oft - am traditionellen Erzrivalen Frank-

reich, wo Präsident Emmanuel Macron in diesem Jahr eine „Renaissance der Atomkraft“ ankündigte.

Lange war Großbritannien Vorreiter bei der Kernenergie. Im nordwestenglischen Calder Hall eröffnete Queen Elizabeth II. 1956 das erste kommerzielle Atomkraftwerk der Welt. Mittlerweile sind nur noch sechs Werke in Betrieb, von denen fünf innerhalb des nächsten Jahrzehnts vom Netz gehen. „Unser Ziel ist, mit einer Technologie, für die wir Pionierarbeit geleistet haben, erneut weltweit führend zu sein“, betonte Johnsons Regierung nun selbstbewusst.

Der konservative Politiker steht unter Druck. Zwar steigen die Energiekosten nicht nur in Großbritannien. Doch hier hat dies deutlich stärkere Auswirkungen. Preise für Strom und Gas explodieren: Im April ging es im Grundtarif um 54 Prozent hoch, und im Herbst wird eine ähnlich Anhebung erwartet. Die Maßnahmen der Regierung reichen nach Einschätzung von Experten bisher bei weitem nicht aus, Millionen Verbraucher vor Energiearmut zu bewahren.

Bei allen Versprechen Johnsons: Niemand weiß, wie lange es wirklich dauert, bis die acht versprochenen Kernkraftwerke am Netz sind. Das zeigt das Beispiel Hinkley Point C. Der Reaktor in der südwestenglischen Grafschaft Somerset wird wohl allerfrühestens 2025 fertig, läuft also rund ein Jahrzehnt hinter der Planung - und gilt mit schätzungsweise 25 Milliarden Pfund (29,5 Mrd Euro) Baukosten als „teuerstes Objekt auf der Erde“. Das einzige andere aktuelle Kraftwerksprojekt Sizewell C im ostenglischen Suffolk wird wohl frühestens 2034 Energie generieren. „Genau wie bei Öl und Gas aus der Nordsee können diese neuen Anlagen unmöglich rechtzeitig bereit sein, um unsere Probleme zu lösen“, kritisierte Greenpeace.

Hier kommt eine weitere Idee Johnsons ins Spiel, genannt SMR (Small Modular Reactor), kleine modulare Reaktoren. Deutlich kleiner und günstiger als große Kraftwerke sollen die Reaktoren des britischen Konzerns Rolls Royce jeweils eine Million Haushalte versorgen können. Erst im November 2021 investierte die Regierung weitere 210 Millionen Pfund in die Entwicklung.

Experten sehen allerdings offene Fragen. „Jedes Nuklearprojekt - einschließlich der ungetesteten (und nicht kleinen) SMR - ist unweigerlich enorm teuer, sprengt Zeit und Budget und hinterlässt eine Altlast, mit der wir immer noch nicht umzugehen wissen“, sagte Sarah Darby von der Universität Oxford. Daniel

Newport vom Tony Blair Institute urteilte: „Eine Strategie für die 2030er und 2040er Jahre, die nichts zur Lösung der aktuellen Krise beiträgt.“ Atom ist mehr ein langfristiges Rezept. Kurzfristig würden die Energierechnungen weiter steigen, räumte Wirtschaftsminister Kwasi Kwarteng ein.

Verwundert sind Analysten vor allem darüber, dass die Regierung die reichlich vorhandene Windenergie eher stiefmütterlich behandle. Eine naheliegende Lösung der akuten Preiskrise werde zudem nach wie vor ignoriert: Eine flächendeckende Wärmedämmung ist nach wie vor nicht in Aussicht. Vielerorts sind Fenster noch einglasig.